

Berantwortliche Redakteure
für den politischen Theil:
C. Hartau,
für Familien und Vermischtes:
J. Pötzner,
für den übrigen redaktionellen Theil:
J. Schmidehaus,
sämtlich in Posen.
Berantwortlich für den
Inseratentheil:
C. Knaue in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Siebzundreißigster Jahrgang.

St. 808.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,80 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Montag, 18. November.

1889.

Inserate, die sozugesetzte Postzelle oder deren Raum in der Morgen-ausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-ausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

A m f l i c h e s.

Berlin, 16. November. Der König hat den Regierung-Rath Hermann Möllbauer zum Geheimen Regierung-Rath und vortragen-Rath im Ministerium der öffentlichen Arbeiten ernannt; sowie den beim Ministerium der öffentlichen Arbeiten angestellten Beamten, und zwar: dem geheimen expedirenden Sekretär und Kalkulator Grönau und dem geheimen Kalkulator Schneider den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Der König hat den Landrat Dr. jur. Elberghagen zu Pleßchen zum Regierung-Rath ernannt.

Der Seminar-Direktor Tiege vom Schullehrer-Seminar zu Mettmann ist in gleicher Eigenschaft an das Schullehrer-Seminar zu Mörs versetzt worden. Der ordentliche Lehrer Herdt am Gymnasium zu Schneidemühl ist zum Oberlehrer befördert worden.

Bericht sind: der Amtsrichter Andries in Sulzbach an das Amtsgericht in Ahrenfeld und der Amtsrichter Brinck in Wegberg an das Amtsgericht in Aachen. Die Ernennung des Gerichts-Assessors Fraumann und Stettin zum Amtsrichter in Nordenburg ist zurückgenommen. Der Rechtsanwalt Goldberg in Rehheim ist für den Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Hamm, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Rehheim, zum Notar ernannt. Dem Rechtsanwalt und Notar Justiz-Rath Grabowksy in Braunsberg ist in seiner Eigenschaft als Notar der Wohlfahrt in Königsberg i. Pr. angewiesen. In der Liste der Rechtsanwälte sind gelistet: der Rechtsanwalt Mantzik bei dem Amtsgericht in Mühlhausen i. Th. und der Rechtsanwalt Tillig bei dem Amtsgericht in Kulm. In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Rechtsanwalt Justiz-Rath Grabowksy aus Braunsberg bei dem Amtsgericht und bei dem Landgericht in Königsberg i. Pr., der frühere Rechtsanwalt Dr. Kublinski aus Osnaubruck bei dem Landgericht in Halle a. S., der Gerichts-Assessor Steiner bei dem Amtsgericht in Waldenburg, der Gerichts-Assessor Aldor Goldschmidt bei dem Landgericht in Rottweil, der Gerichts-Assessor a. D. Slawenski, der Gerichts-Assessor Dr. Neusbad und der Gerichts-Assessor Morris bei dem Landgericht I. in Breslau.

Der Amtsgerichts-Rath Schweinitz in Gisleden ist gestorben.

Deutschland.

Berlin, 17. November. Über den Verlauf der in Rio de Janeiro vorgegangenen Dinge fehlen in diesem Augenblick noch vollkommen authentische Nachrichten; sie werden beim Druck dieser Seiten natürlich schon eingetroffen sein. Aber die weitere Entwicklung der brasilianischen Verhältnisse läuft sich in der Hauptstrophe schon vorhersehen. Die legitime Monarchie in Amerika wird fallen. An der Nachricht, daß die brasilianische Monarchie wahrscheinlich untergehen werde, in Folge des Ausbruches der Revolution, ist das Neberraschende der letztere Zusatz, nicht das Ereignis selbst. Man hatte Grund zu der Annahme, daß der Monarch freiwillig seine Würde niederlegen werde, wenn sein Volk (um im Sinn und Stil des monarchischen Europas zu sprechen), oder vielmehr, wenn die politisch einflussvollen Theile des Volkes in ihrer Mehrheit diesen Wunsch um ihn richteten. Don Pedro hatte das selbst ausgesprochen und für diesen Fall die Absicht, nach Europa überzustreifen, er auch die Konservativen sind keine solche. Ein Berliner Blatt sagt zur Erklärung der vorhandenen Situation, daß Don Pedro zwar die Achtung, aber nicht die Liebe der Nation besitze. Wenn das heißen soll, daß die der Person des Monarchen entgegengebrachte Empfindung nur die der Achtung und nicht die der Liebe sei, so kann etwas Falsches kaum gesagt werden. Das Volk und zumal die unteren Schichten haben volle Sympathie für die Person Don Pedros. Aber diesem persönlichen Verhältnisse zwischen dem Monarchen und dem Volk fehlt jedes überkommene Element, der gesellschaftliche Untergrund. Man weiß, was Ihnen die „Gespanster“ nennt: neben dem physisch Grebten, „allerhand Todter Glaube“ nach Frau Alwings Ausdruck. Nun, Amerika hat keine verfallenen Schlösser, und es gehen auch keine Gespanster dort um. Es ist unser gutes Recht, uns darüber zu freuen, daß es bei uns anders ist, aber wir müssen die amerikanischen Verhältnisse an ihrem eigenen Maßstabe messen, um sie richtig zu beurtheilen. Sehr verkehrt wäre es freilich, Monarchen glaubte, daß Brasilien nach der Entfernung seines Monarchen nur gleichgestellte Bürger haben würde. Die Ungleichheit ist bedingt durch die ökonomischen Klassen, wie der leiste Grund der Ungleichheit überall in den ökonomischen Verhältnissen liegt. Brasilien hat eine Pflanzer-Aristokratie, ein Bürgerthum und eine auf den geringen Ertrag ihrer Hände angewiesene Klasse. Die Pflanzer sind übermäßig, und das Bürgerthum ist gering an Zahl. Die Pflanzer haben sich der Sklavenemancipation, welche mit dem persönlichen Willen des Kaisers durchgesetzt wurde, heftig widersetzt und ihre volle Durchführung bisher vereitelt. Die sozialen Kämpfe in Brasilien werden nach der voraussichtlich jetzt eintretenden Einführung der republikanischen Staatsform nicht milder, sondern eher heftiger werden. — — Die Frage, was in Friedrichsruh vereinbart worden ist, wird, wie es scheint, doch noch eine geraume Zeit hindurch eine offene bleiben. Die Angabe der „Times“, welche über eine vom Grafen Kal-

noly eingegangene Verpflichtung zu berichten wußte, wonach der Koburger seitens Österreichs niemals werde anerkannt werden, diese Angaben stören nachträglich an unrichteten Stellen auf bestimmten Widerspruch. Es kann sein, daß es sich bei der Behauptung wie bei der Ablenkung am letzten Ende um Nebenpunkte handelt, die durch eine Verschiebung der Perspektive vorübergehend zur Hauptpunkte geworden sind, und daß die Friedrichsruher Besprechungen im wesentlichen doch mit der Geneigtheit des Grafen Kalnoly, in der bulgarischen Frage formell um einiges nachzugeben, geendigt haben. Nur braucht die getroffene Vereinbarung nicht gerade in der Richtung sich zu bewegen, welche das englische Blatt ihr angewiesen hatte. Das Dementi hätte es hier nach leicht gehabt, sich an den Wortlaut der falschen Angabe zu halten, und so auch einen wichtigen Bestandteil des wirklichen Kerns der Vereinbarung vor der Öffentlichkeit zu verbunkeln. Wir erinnern daran, daß schon kurz nachdem Graf Kalnoly Friedrichsruh wieder verlassen hatte, die Nachricht sehr bestimmt aufftrat, daß habe eine Annäherung des österreichischen Staatsmanns an den Standpunkt des Reichsanzlers stattgefunden, und es bestehe ein Zusammenhang zwischen den Konferenzen der beiden Minister und dem Gespräch des Fürsten Bismarck mit dem Baron in dem Sinne, daß die friedlichen Acoante, die in diesem Gespräch angeschlagen wurden, in Friedrichsruh ihre Fortsetzung fanden. Man wird wohl daran denken, sich an diese Darstellung auch jetzt noch, trotz mancherlei Ablehnungen aus verschiedenen Lagern, zu halten. Dabei wird es natürlich keinem Verständigen einfallen, zu glauben, daß Fürst Bismarck den Grafen Kalnoly zu einem, den Interessen des Donaureichs widersprechenden Schritt habe veranlassen wollen, oder daß der österreichische Staatsmann einen solchen Schritt, freiwillig oder überredet, gethan haben könnte.

Der Kaiser und die Kaiserin unternahmen Sonnabend Nachmittag einen gemeinsamen Spaziergang in die Umgegend des Neuen Palais. Um 5½ Uhr entsprach der Kaiser einer Einladung des Offizierkorps des ersten Garde-Regiments z. F. zum Mittagsmahl. Am Abend sahen die kaiserlichen Majestäten den kommandirenden General des Gardelörs General der Infanterie Ehren. von Meerscheidt-Hüllessem, den Ober-Geremonienmeister Grafen zu Eulenburg, den Kommandeur der ersten Infanterie-Brigade Generalmajor v. Lindequist und dessen Gemahlin, sowie den Kommandeur des 8. Garde-Ulanen-Regiments Oberst v. Kleist nebst Gemahlin als Gäste bei sich zur Abendtafel. Heute Vormittag arbeitete der Kaiser mit dem Chef des Generalstabes Grafen von Waldersee und dann mit dem Chef des Militär-Kabinetts Generalleutnant v. Hahnke. Gegen Mittag wohnte der Kaiser in der Garnisonkirche und später in der katholischen Kirche in Potsdam der feierlichen Gedenkfeier der Rekruten der Potsdamer Garnison bei, zu welcher auch die Kaiserin und der Prinz und die Prinzessin Friederich Leopold erschienen waren. Am nächsten Montag Vormittag gedenkt der Kaiser nach Berlin zu kommen, um auch hier der Truppenvereidigung der neu eingestellten Rekruten des Gardelörs beizuwohnen.

Der Staatssekretär des Älteren Graf Herbert Bismarck wird sich heute gegen Abend von hier zum Vortrage bei dem Kaiser nach dem Neuen Palais begeben.

Das Landeskonomielogium besprach in seiner Sitzung am Freitag die Befreiungsverhältnisse bei Grundstücken. Hierbei wurde u. A. der Satz aufgestellt: „Der Landesgesetzgebung ist die Möglichkeit, Rentengüter und erbpflichtliche Verhältnisse wieder zu schaffen, vorzubehalten.“ Bezuglich der Begründung und Aushebung von Grunddienstbarkeiten wurde empfohlen, dieselbe nicht von der Eintragung und Löschung im Grundbuche abhängig zu machen. Von den weiteren Beschlüssen ist der folgende hervorzuheben: „Der Besitzschutz ist dem bloßen Verwaltungsbetrieb gegen den Besitzer zu versagen, dagegen dem Besitzer zu eigenem Recht auch dann, wenn er nicht Inhaber ist, zu gewähren.“ — In der Sonnabendssitzung behandelte das Landeskonomielogium die Frage: „Erscheint das Institut der Gründschule vom Standpunkte des Realkredits aus als ein Bedürfnis und ist daher die Aufnahme desselben in das bürgerliche Gesetzbuch zu empfehlen?“ Die Versammlung bezahlte diese Frage und sprach sich auch für den Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuches gewählte Form aus.

Trotzdem vor wenigen Tagen erst von dem Staatsminister v. Boetticher im Reichstage ausdrücklich in Abrede gestellt worden ist, daß es in der Absicht der Regierung liege, das Koalitionsrecht der Arbeiter durch besondere Maßnahmen gegen den Kontraktbuch zu beeinträchtigen, fangen die preußischen Regierungen doch bereits an, in dieser Richtung vorzugehen. Vorerst handelt es sich allerdings nur um Erwägungen und Gutachten; aber daß gegenüber einer bestimmten entgegenstehenden Erklärung des Ministers solche Gutachten über-

Jahre werden angenommen inボスの bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, jenseit bei G. A. Siebel, Hollie. Gr. Gerber- u. Breitestr. Ecke, Otto Liebisch in Tonna, J. Henning, Wilhelmplatz 8, in Quedlinburg bei J. Matthäus, in Wiesbaden bei J. Jäschke u. bei den Inseraten-Annahmestellen von G. J. Janke & Co., Saarstein & Vogler, Rudolf Moos und „Jugendblatt“.

gaupte eingefordert werden, ist bezeichnend genug. Wie die „Voss. Zeitg.“ mittheilt, hat der Oberpräsident von Westpreußen die am 25. November zusammengetretende westpreußische Gewerbe-kammer zur Begutachtung darüber aufgefordert, ob Vorbeuge-maßregeln gegen Arbeiterausstände geboten erscheinen, und welche. Bei der Beantwortung dieser Frage soll besonders berücksichtigt werden, ob der Vertragsbruch von Seiten der Arbeiter unter Strafe zu stellen, sowie den Polizeibehörden die Befugnis beizulegen ist, vertragsbrüchige Arbeiter auf Anrufen der Geschädigten im Wege des Zwanges in das Arbeitsverhältnis zurückzuführen, und ob Arbeitsbücher einzuführen sind. Auch die Freizügigkeit will man, wie es scheint, wieder einschränken. Wenigstens ist der Gewerbe-kammer die weitere Frage vorgelegt, ob es erforderlich und angängig sei, der „Sachsen-gängerei“ durch gesetzliche oder sonstige Maßnahmen entgegen zu wirken.

Die bayerische Zentrumsfraktion der Abgeordnetenkammer hatte bei dem Prinzregenten um eine Audienz für eine Abordnung aus ihrer Mitte nachgesucht; der Prinzregent hat jedoch, wie die „Münch. Neuest. Nachr.“ mittheilen, sich geweigert, die Herren zu empfangen. Man wird in dieser Nachricht mit Recht einen neuen Beweis für die Behauptung erblicken, daß die Zentrumspartei in Bayern mit ihrem jüngsten Vorstoße gegen das Ministerium nur zur Festigung des letzteren beigebracht hat. Diese Ansicht beginnt sich übrigens auch in ultramontanen Kreisen Vahn zu brechen. So zieht die Klerikale „Dtsch. Reichszeitg.“ in Bonn an leitender Stelle einen Artikel des Klerikalen Schriftstellers Pfarrer Dr. Ragin in München Raum, der sich sehr absäßig über die Aussichten der Zentrumsaktion in Bayern ausspricht; es heißt darin u. a.:

„Das bayerische Ministerium steht heute fester als je... An entscheidender Stelle weiß man aus langer Erfahrung, daß die Suppe bei den Patrioten niemals so heiß geworden ist, wie gekocht wird. Wir glauben, daß die Fraktion mit der „Erklärung“ einen Weg beschritten hat, welcher abermals mit einer Niederlage enden wird, wie alle patriotischen Aktionen seit vollen zwanzig Jahren. Seit zwei Jahrzehnten haben die Patrioten jeder Zeit erklärt, beim Budget ihre Opposition zur Geltung bringen zu wollen. Jedermann hat aber die Fraktion damit Fiasko gemacht, weil die Bedürfnisse der verschiedenen Provinzen und Wahlkreise, die Interessen einzelner Verwaltungssachen so verschieden sind, daß es unmöglich ist, die Köpfe von 80 Abgeordneten unter einen Hut zu bringen. Jimmer hat deshalb die patriotische Aktion auf die Fraktion selbst zerstreuend gewirkt; jede Sessoin hatte ihre „Umgefallenen“. Um so schlimmer wird die Sache beim Kultusbudget sich gestalten, wo es sich überwiegend um kirchliche und klerikale Interessen handelt. Eine starke Opposition beim Kultusbudget wird den Minister gar nicht persönlich treffen können, wohl aber tausende von berechtigten Interessen verletzen. Wir halten deshalb die angekündigte Oppositionsstellung beim Kultusbudget für einen ungünstlichen Entschluß, welcher durch die traurigen Erfahrungen der vergangenen Jahre sich in keiner Weise empfehlen konnte.“

Die Ausweisungen nach Massgabe des Sozialisten gesetzes haben in den Jahren 1888 und 1889 nach der vom Minister Herrfurth mitgetheilten Uebersicht folgenden Umfang gehabt: Aus Berlin mit Umgebung ist 1888 eine Person, aus Hamburg Altona-Harburg mit Umgebung sind 1888 fünf Personen, 1889 eine Person, aus Frankfurt a. M., Offenbach mit Umgebung 1888 fünf Personen, aus Leipzig mit Umgebung 1888 acht, 1889 acht Personen, im Ganzen 1888 19, 1889 9 Personen ausgewiesen worden. Außerdem hat eine Erneuerung der früher erfolgten Ausweisungen insoweit stattgefunden, als den Beteiligten der Aufenthalt in ihrem früheren Wohnorte nicht wieder gestattet worden ist.

Über eine Massenausweisung polnischer Arbeiter wird der „Bresl. Zeitg.“ aus Kattowitz, 15. November, berichtet:

Bald nach Erlass der allgemeinen Ausweisungsordnung hatte sich namentlich in den Grenzbezirken des oberösterreichischen Industriebezirks ein Mangel an Arbeitern fühlbar gemacht, der schwer empfunden wurde. In Folge dessen wurden Ausnahmen zugestanden. Für den Kreis Kattowitz wurde schon unter dem 14. Oktober 1885 eine besondere Polizei-Verordnung erlassen, nach welcher unter gewissen Umständen und Kautelen den Arbeitern polnischer Nationalität gestattet wurde, im diesseitigen Bezirk in Arbeit zu treten. Je größerer Auschwung die oberösterreichische Industrie nahm, desto mehr war eine solche Ausnahmevergünstigung angezeigt. Um so mehr mußte es bestreben werden, als gestern wieder unerwartet eine Massenausweisung solcher Ausländer erfolgte. Die Gebrüder Goldstein hier selbst, welche ein großes weitverzweigtes Holzgeschäft betreiben, hatten schon seit längerer Zeit 30 Arbeiter aus dem benachbarten Oesterreich-Galizien in Arbeit genommen und waren zufrieden mit den Leistungen dieser fleißigen Leute, welche keinen anderen Zweck verfolgten, als durch Arbeit etwas mehr zu verdienen als dageben, wo es ihnen an Arbeitsgelegenheit fehlt, und ihr Vorstand geradezu ein elendes ist. Diese 30 Mann werden nun gestern von der Arbeitsstätte durch die Polizei abgeholt und, nachdem sie ihre dürftige Habe in Leinwandäcken gepackt, in zwei Trupps nach Wyslowitz transportiert. Von dort werden sie weiter in ihre Heimat abgeschoben. Ob der Grund für diese, auch die Arbeitgeber überraschende Ausweisung fremder Arbeiter darin zu suchen ist, daß sich bei dem Herannahen des Winters die Arbeitsgelegenheit für einheimische Arbeiter vermindert hat, oder ob diese Ausweisung nur der Vorläufer weiterer umfassenderer Maßregeln in gleicher Richtung ist, wird die Folge lehren.

— Die Nachricht von der Einwilligung der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft zur Zurückgabe der Zollniederlagen an den Sultan von Zanzibar war durch das offiziöse deutsche Telegraphenbüro der Zeitungen zugestellt worden, und wurde, wie bekannt, von der „Nordd. Allg. Blz.“ alsbald mit einer längeren Erläuterung versehen. Hinterher wird die Nachricht von den Interessen jetzt als aus „enalischen“ Quellen gestossen bezeichnet, ein Umstand, der die hiesige offiziöse Telegraphenstelle nicht nur nicht abhält, sie weiter zu verbreiten, sondern auch nicht einmal veranlaßt, ihre Quelle als solche zu bezeichnen. Zwischenzeitlich hat nun die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft eine Erklärung veröffentlicht. Inhalt derer die Meldung von einer Rückgabe der Zollniederlage „auf Zanzibar“ an den Sultan auf Tschadung beruhe. In einer offiziösen Zeitungskorrespondenz sind des Weiteren alsdann die Gründe auseinander gesetzt worden, die eine solche Zurückgabe des Zanzibarer Zollhauses durchaus unwahrscheinlich machen. Sieht man sich aber die ersten Meldungen und die jeweils Widerlegungen genauer an, so zeigt sich, daß beide ganz verschiedene Dinge betreffen. In der Nachricht des „Wolfschen Telegraphen-Bureau“ war von einer Rückgabe der Zollniederlage „auf Zanzibar“ nicht die Rede, sondern es hiess nur, daß die Gesellschaft ihre Einwilligung zur Zurückgabe der Zollniederlagen überhaupt ertheilt habe. In der Erläuterung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wurde siedm ausgeführt, daß es sich hier nur um die 7 Haupt- und 7 Neben-Zollstationen an der seßländischen Küste handeln könne, in Betriff deren Verwaltung Kostenstreitigkeiten zwischen dem Sultan und der Kolonialgesellschaft entstanden seien. Die Zollstation auf der Insel Zanzibar selbst, die von der Gesellschaft erst nach Abschluß des Vertrages errichtet worden ist, die an den Sultan also nicht „zurückgegeben“ werden kann, blieb dabei ganz außer Betracht. Die jetzige Gegenklärung von Seiten der Kolonialgesellschaft und ihrer Organe bezieht sich aber allein auf diese Zanzibarer Zollherabstetzung, so daß in der Angelegenheit noch Unklarheiten und Widersprüche bestehen, die der Auflösung bedürfen.

— Köln, 13. November. Im westfälischen Bauernverein hat Frhr. v. Schorlemer-Alst immerfort darauf gedrungen, für Bauernköchter Haushaltungsschulen mit vollständigem Pensionat einzurichten, anstatt dieselben in andere kostspielige Pensionate zu schicken. In Folge seiner Anregungen ist denn auch in der Nähe von Münster eine solche vorzüglich geleitete Haushaltungsschule eingerichtet worden, wo die Mädchen Rechnen, Aufzug, Buchführung und vergleichende lernen und dabei praktisch angeleitet werden und mitarbeiten müssen. Seitdem sind auch andere Bauernvereine in dieser Richtung tätig gewesen. Für Rheinpreußen ist in St. Vitus ein großes landwirtschaftliches Haushaltung-Pensionat errichtet, welches unter Leitung eines Direktors von barmherzigen Schwestern geführt wird. Gegen Bezahlung von 40 M. für das Jahr erhalten hier die Mädchen gründliche Ausbildung in allen Dingen, die mit der Landwirtschaft zusammenhängen. Hoffentlich richtet man zu Zug und Sommer des Bauernstandes auch in anderen Provinzen solche Haushaltungsschulen ein. Dieselben sind weder für vornehme Damen, noch für Arme, sondern in erster Linie für wohlhabende Bauernköchter bestimmt, damit dieselben statt des unfruchtbaren Klavierspiels und einiger Brocken französischer Sprache etwas Solides und Brauchbares lernen, und zu tüchtigen, mit einer ihrem Stande entsprechenden Bildung versehenen Hausfrauen herangezogen werden.

Eine neue Schule als Forderung der Gegenwart*).

Von Dr. med. Landsberger,
prakt. Arzt in Bremen.

Audiatur et altera pars! So wird bald diejenige Richtung rufen müssen, die bis jetzt die herrschende ist, und um deren „Reform“ sich die vielen lauten Stimmen bemühen, die — berufen oder unberufen — sich in Vorträgen und Briefen und Vereinstätigkeit mit berechneter Unermüdlichkeit vernehmen lassen. Hier ein Universitätsprofessor, dessen Standpunkt vielleicht von seinen Fakultätsgenossen nicht geheiligt wird, dort eine Zeitung, welche den Liberalismus zur Vertheidigung einer jeden Neuerung verpflichtet glaubt, und dort eine höhere Schule, deren Nichtgedeihen durch Erweiterung ihrer „Berechtigungen“ geändert werden soll. Und da die „Reform“-Vertreter rührig und geschickt sind, so hält die öffentliche Diskussion von der Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände und von den vielen Vortheilen wieder, welche die — übrigens tausendfach variirten — neuen Vorschläge für das künftige Geschlecht herbeisühren würden. Etwaige Vertheidiger des Bestehenden sind nicht vorhanden oder verhalten sich wenigstens ganz stumm, und selbst Stimmen, die zur sorgfältigen Erwägung ratthen und vor der Hastigkeit und Uebertreibung warnen, wagen sich kaum oder nur höchst vereinzelt hervor. Und so könnte es dem gebildeten Ausländer, wenn er die lebhafte und häufige Diskussion der Schulfrage in Deutschland verfolgt, eigentlich nicht zweifelhaft sein, daß das bisherige System schädlich und von Grund aus verfehlt ist, daß es von allen Seiten belämpft und angefeindet und in turzem Ackerbrot gestürzt sein wird, daß, wenn auch nicht die Wissenschaft, doch die Jugenderziehung total umkehren und ganz neue Wege gehen müsse!

Ist das bestehende System wirklich so morsch? Schweigen die Staatsverwaltungen, die Universitätsfürschaften, die zahllosen Verbreiter und Anhänger der Gymnasialbildung nur, weil sie ihre Sach hold verloren glauben? Oder halten sie sie für so festenfest gesichert, für innerlich so stark und vorzüglich, daß kein Geschrei ihr etwas anhaben, und daß man die gegenwärtige Bewegung vornehm ignorieren kann? Das letztere wird man angesichts der Ausdehnung, welche die Bewegung genommen hat, nicht anzunehmen vermögen, auch deshalb nicht, weil erwiesenermaßen die Zweifel bis in die maßgebendsten Kreise hinein sich geltend gemacht hatten, und weil offiziell die Reformbedürftigkeit unserer Schulverhältnisse anerkannt und so manche Veränderung angebracht wurde.

Was wir verlangen, das ist der heftige, mählose Ansturm auf den einen, und das phlegmatische, schlaffe Gehlen auf den anderen Seite. Als der Minister Hall die preußischen Universitäten um achtliche Neuherzung darüber anging, ob zum Studium der Medizin auch die Abiturienten der Realgymnasiasten zugelassen werden könnten, erhöhte ein deutliches Nein zur Antwort, aber es war so eingehend, so vielseitig, so reif motiviert, daß die Frage für lange Zeit beruhigt zu sein schien. Doch materielle Interessen fordern immer wieder Gebührt. Die durch jene Entscheidung beschleunigte Entwicklungshemmung der Realgymnasiasten arbeitete in immer greißbareren Niedergang aus, und die betroffenen Kreise — wesentlich Kommunen als Besitzer jener Anstalten — drängten neu auf Abhilfe. Der Minister fragte wieder. Diesmal wendete er sich an das Rez. von Aerztevereinen, das sich mehr und mehr über das Land ausgebreitet hatte, und dem beinahe die Hälfte aller Aerzte zugehörte. Das Volum der Aerzte fiel fast einstimmig zu Gunsten der humanistischen Gymnasiasten aus, — und hat auch hämischer Ingrim hierbei einen Einfluß von persönlichen Interessen anzunehmen gewagt, so war doch die öffentliche Meinung durch das Gewicht der veröffentlichten Gründe, durch die Gediegenheit und Würde der belauert gewordenen Geschichtspunkte vollständig von der Bedeutung der kundgegebenen ärztlichen Urtheile überzeugt. Um so mehr, als fast alle Aerztevereine neben der Verneinung der gestellten Frage ausdrücklich darauf hinweisen zu müssen meinten, daß allerdings Ziel, Art und Leistungen des Gymnasialunterrichts dringende Änderungen unterworfen werden müssten.

Das griechische Skriptum, dem du Bois-Reymond besonders den Krieg erklärt hatte, wurde aus dem Abiturientenexamen fortgelassen und nur eine Übersetzung aus dem Griechischen beibehalten. Es wurden ferner zwei Stunden pro Woche mehr dem mathe-

Frankreich.

* Paris, 16. November. Die Kammer beendete heute die Wahl des endgültigen Vorstands; Floquet wurde mit 884 von 481 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten gewählt, 87 Abgeordnete waren unbeschrieben oder lauteten auf Boulanger. Als Floquet seine Wahl verkündete, klatschte die ganze Linke Beifall. Als Vizepräsidenten erhielten de Mazy 329, Deville 295, Berier 286, Beytral 236 Stimmen; zu Sekretären wurden 6 Mitglieder der Linken gewählt, zu Quästuren Guillaumou, Royer und Duclaud, die beiden ersten bekleideten dies Amt schon in der vorigen Kammer. — Die Abteilungen setzten heute die Wahlprüfung fort, bis jetzt sind erst für zwei die Ungültigkeits-Erläuterungen beantragt. Es sind dies die des konservativen Abgeordneten Messiloff-Manze, derselbe hatte im Wahlkampf seinen republikanischen Konkurrenten beschuldigt, von deutscher Abkunft zu sein und wurde deshalb verurtheilt und des Boulangisten Beauzon wegen Wahlbestechung. Einige Wahlen werden eine Enquete erheben. Mehrere Mitglieder der äußersten Linken wollen, falls die ministerielle Erklärung die Revision zurückweist, sofort eine solche beantragen.

Parlamentarische Nachrichten.

L. O. Nachdem die beiden Reichstagssäle des Abg. v. Bennigsen nach dem Stenographischen Bericht besonders abgedruckt sind, und durch die Nationalliberalen in allen Wahlkreisen vertrieben werden, wird außer der Rede des Abg. Richter die Rede des Abg. Richter in einem Separatdruck erscheinen. Der Preis beträgt 20 Pf., bei Entnahme von 10—120 Stück 15 Pf., über 100 Stück 10 Pf. pro Exemplar. Bestellungen sind zu richten an H. Nicolai Berlin W. Voßdamerstraße 136, Hof III.

Aus dem Gerichtssaal.

O. F.-G. Unter Berliner feuilletonistischer Vertreter sendet uns nachstehenden kurzen Bericht über den am Freitag vor dem Berliner Landgericht I. Zivilkammer, verhandelten Prozeß der Leiter der „Freien Bühne“ gegen das von ihr ausgeschlossene Vereinsmitglied Dr. Rastan, denselben Herrn also, welcher sich während der Ausführung des allerdings zu energischem Protest Anlaß gebenden Stükkes „Vor Sonnenuntergang“ von Gerh. Hauptmann in einer ganz unqualifizierten Weise benommen hatte. Dr. R. hatte die Absicht kundgegeben, die Gerichte anzuwerben, um den Vereinsbeschluß als null und nichtig, sein Anrecht auf den von ihm erworbenen Platz im Buschauerraum als unanfechtbar, undisputabel erklären zu lassen. Da drehte der Verein (vor Gericht als „Dr. Brahms und Genossen“ bezeichnet) schmunzlig den Spiegel um und flachte gegen Dr. Rastan auf Rückgabe der Mitgliedskarte. Das war der Prozeß, welcher eine so große Anzahl von Mitgliedern der Berliner Schriftstellerwelt und eine fast eben so große Zahl von Juristen in das unheimliche oder doch wenigstens höchst ungemütliche Gebäude in der „Judenstraße“ gelockt

mathischen Unterricht zugestanden. Aber wie der Preis der billigen Bücher um so rascher stieg, je weniger von ihnen übrig blieb, — der Kampf gegen die höhere Schule wurde um so bestiger und radikaler geführt, je geeigneter die Verwaltung sich ihrer Reformierung gezeigt hatte. Schon will man nicht bloss den Abiturienten der Realgymnasien die „Berechtigungen erweitern“, auch die lateinlosen Oberrealschulen sollen zur gleichen Konkurrenz zugelassen werden. Und ohne viel Umstände verwirkt man Plan und Leistung der heutigen Gymnasiasten, erklärt ihre Methode für unheilbar formalistisch, sieht ihr Wesen in grammatischen Spielfähigkeiten und in Phrasenwert und weiß die Klassiker und die „alte“ Geschichte als abgelebt und ausgedient zum Fenster hinaus. Nicht neuen Wein in die alten Schläuche, nein: „Alles neu“ heißt die Parole, „Alles der Zeit und ihren großen Aufgaben entsprechend.“

Das will sehr schön und wäre gewiß anzuerkennen, wenn nur immer greifbare, detaillierte Vorschläge vorgetragen würden. Denn mit der bloßen stärkeren „Berücksichtigung der Naturwissenschaften“ ist es doch nicht gehan. Es muß vielmehr klar erkannt und ausgesprochen werden, daß die neue Zeit, in die wir seit einigen Jahrzehnten eingezogen sind, andere Aufgaben stellt und andere Mittel zu ihrer Erfreichung nötig macht, daß die Schule diese Anforderungen bisher ignoriert hat und nur mit oberflächlichen, geringfügigen Änderungen gefolgt ist. Man hat unsere Zeit vielfach eine Zeit des Überganges genannt, aber dieser „Übergang“ dauert bereits etwas lange, und es dürfte richtiger sein, die Gegenwart als den Beginn einer neuen Epoche zu bezeichnen. Als solche ist sie schon durch die unvergleichliche Hebung des Berufscharakters, die seit der Einführung von Dampf- und Elektrizitätssbetrieb fast zu einer Neuentydeckung der Welt für die Meisten geworden ist. Bis zur Mitte unseres Jahrhunderts war der Mensch weit mehr an die Scholle, an die Heimat gebunden, und erst die ungeahnt rasche Entwicklung der Verkehrsmittel und ihre Zugänglichkeit machten für den Aermsten und für die entlegenen Winde Schule die Freiheit möglich, weiter den Horizont und weiten eine Reiselust und einen Wandertrieb, die fast den staatenbildenden Seehofigkeit bedenklich zu werden drohen. Glücklicherweise fiel in dieselbe Zeit die von fester Hand gefügte Neugestaltung von kraftvollen Staaten, aber auch dieser Umstand, so umwälzend er auf die Gelehrte, das Rechts- und Verkehrsrecht, auf Handel und Wandel der befreiten Nationen gewirkt hat, — die Schulfrage hat er bei uns nicht in Rück gebracht. Nur angeregt und aufgewühlt wurde sie, — welche Frage wurde es nicht? Welche Einrichtung wurde nicht aufs Neue auf ihre Berechtigung geprüft und in veränderte Formen gebracht?

Die Pädagogik hat als Wissenschaft ungefähr den Rang der Nationalökonomie: obwohl jene so alt als diese jung ist, haben beide es nur zur Ansammlung von „wertevollem Material“, beide noch nicht zu Gesetzen von allgemeiner Gültigkeit gebracht. Beständen solche bereits, so wäre man den neu geschaffenen Zuständen gegenüber nicht in Verlegenheit und würde ihnen leicht gerecht zu werden vermögen. Es entstand ein neues Geschlecht mit weiterem Horizont, mit Lust und ohne Lust, mit Wissensdurst und Erfahrungstaumel, ein Geschlecht, das bei Allem nicht bloss nach dem Wie, sondern nach dem Warum fragt; reichen für dieses Geschlecht die jahrtausendalten Erziehungsräume, der jahrhundertealte Lehrstoff und die hergebrachten Methoden? Das ist, was die Gelehrten beweisen, und nur weil aus dem gleichen Grunde die Versuche, höhere Schulen mit neuen Zielen und neuem Inhalt (Realschulen, Realgymnasiasten, Gewerbeschulen &c.) zu gründen, massenhaft ausgeführt wurden, steht jetzt die Frage der Berechtigungen der legeren so sehr im Vordergrunde der Diskussion. Thatsächlich aber handelt es sich eben um diesen engen Rahmen gar nicht, und werden auch die „Realschulmänner“ angesichts der Breyerschen Rede*) ausrufen: „Gott schütze mich vor meinen Freunden!“ — der Radikalrechtsbehält dennoch immer Recht. Denn wenn die Pädagogik, um der neuen Zeit notdürftig gerecht zu werden, zu den alten Unterrichts-Gegenständen einfach neue fügt, so schuf sie die vielleicht Überbildung, — wenn sie aber organisch den alklastischen Lehrstoff durch den neuen erzeigen und vertreten lassen sollte, so konnte kein sachlicher Grund ver-

*) Auf der Naturforscherversammlung zu Wiesbaden. B. verlangt, daß nicht bloss die Abiturienten der Realgymnasiasten, sondern auch die der lateinlosen Realschulen zur freien Konkurrenz mit den Gymnasialabiturienten zugelassen werden.

hatte. Es gab während der Verhandlung höchst erregte Debatten — trotzdem der egzentrische Angellage nicht einmal selber erschien war, sondern sich durch einen heute in seinem Vertheidigungsboden recht wenig glücklichen Rechtsanwalt vertreten ließ. Das Resultat war, zur Überraschung Bieler und zur Freude Anderer, daß der Reichshof die „ordentlichen Mitglieder“ kostenpflichtig mit ihrer Klage abwies, dabei freilich weder Rastans Benehmen billigte, noch den außerordentlichen Mitgliedern das Recht zuwies, sich in der ersten Vor einsammlungen zu melden. — Das Gericht bezog sich dabei auf einen Rechtsparagraphen, nach welchem eine solche Auslösung nur dann statthaben könnte, wenn die Sitzungen „beharrlich“ verboten seien und dadurch die Zwecke des Vereins vereitelt würden. Hier habe es sich aber nur um Sitzungen einer Vorstellung gehandelt, und es sei auch nicht zu erwiesen, daß der Angellage auch in den ferneren Aufführungen bei seinem förenden Benehmen verharren werde. — Dr. Rastan darf also nicht am Betritt zu den Aufführungen verhindert werden. — Trotzdem wird er wohl wenig Freude an diesem Beschuß haben, denn seine mündliche Kritik des Stücks während der Darstellung wurde so ziemlich allseitig stark mißbilligt; noch stärker mißbilligt aber wurde das Stück selber, das Rastans Profe ste herausforderte. Es erfuhr eine ganz gründliche Verurteilung — „von Rechts wegen.“

Aus der Provinz Posen und den Nachbarprovinzen.

* Glogau, 16. November. [Ritterguts-Verkauf.] Das Mietgut Luttlau, bekanntlich das größte Dominium im Kreis, mit 1552,93 Hektar und 7025 Thalerheimer, welches bisher den Herren Ferdinand und Richard Franz Lindheim gehörte, ist für den Preis von 900 000 Mark in den Besitz einer Hamburger Firma übergegangen.

M. Danzig, 16. November. [Berufung.] Wie bereits mitgetheilt, ist zum Direktor der Posener Provinzial-Taubstummen-Anstalt der Direktor der Königlichen Erziehungs- und Besserungsanstalt in Konradshammer bei Danzig, Radomski, berufen worden. Direktor Radomski hat nunmehr die Wahl angenommen und wird Mitte Dezember nach Posen übersezeln. Derselbe war zunächst an der Provinzial-Taubstummen-Anstalt in Marburg thätig und wirkte alsdann durch eine Reihe von Jahren als Direktor des Taubstummen-Institutes zu Graudenz. In dieser Eigenschaft hat er sich durch sein warmes Interesse für das Wohl der armen Taubstummen und durch seine vielseitige literarische Tätigkeit einen Ruf erworben. Auch die jetzige Anstalt, welche er neu eingerichtet, verleiht ihn sehr ungern, weil er in ihr einen derartigen innen Gist zu schaffen verstanden, daß die allermeisten der schon sehr verderbten Jünglinge zu ordentlichen und brauchbaren Menschen erzogen werden. Darüber ist nur eine Stimme; auch liegen zahlreiche Beweise bereits vor.

Lokales

Bremen, 18. November.
— u. Wählerversammlung. Von dem Vorstande der deutschfreisinnigen Partei einberufen, in am vergangenen Sonnabend in dem

ständigerweise das Lateinische halten und das Griechische operieren. Für die pädagogischen Spielfähigkeiten, mit denen der Bildungswert der einen alten Sprache gegen den der anderen abgewogen wurde, hatte die öffentliche Meinung kein Verständnis, — sehr erklärlich, denn für und wider gibt es auf beiden Seiten genug. Was will die Agitation für die Realgymnasiasten? Sie pocht auf die von hoher Seite gestiftete sable convenus, daß die Einheitschule eine Unmöglichkeit sei. Das ist niemals bewiesen worden, und glücklicherweise hat sich in den vereinsreichen Deutschland jetzt ausdrücklich eine Anhängerschaft für die Einheitschule zusammengetan. Sie betrifft das Lateinische mit immer größerer Energie, — man weiß, wenn man die Betonung der neueren Sprachen und der Naturwissenschaften daneben vernimmt, nicht recht wozu. Sie verlangt die Zulassung ihrer Jünglinge zum Studium der Medizin. Warum nur zu diesem? Warum nicht zu allen Studien außer der alten Philologie? Wo ist es bevisen, daß der Jurist, der Theologe, der Nationalökonom, zu seiner fachlichen Ausbildung mehr des Griechischen bedarf, als der Mediziner zur Pflege und Wahrung seines idealen Sinnes?

Darum entweder — oder. Die Schule, keineswegs bloss die „höhere“, kann sich der Reformen nicht entschlagen. Welche nötig und wie sie in den Rahmen des Ueblichen einzufügen sind, muß dann ernst erwogen und vielfältig öffentlich besprochen werden, — von allen gebildeten Kreisen, da es eine eigentliche, kompetente Wissenschaft der Pädagogik nicht gibt, welche die Anwendung des Gebotenen auf den vorliegenden Zustand vorzeichnen würde. Man vergegenwärtige sich die in Betracht kommenden Thatsachen: 1) die Zeit ist eine neue und von Streben und Bedürfnissen, die noch der vorigen Generation ganz unbekannt waren; 2) das positive Wissen hat sich in ungeheure Weite vermehrt und erweitert sich von Tag zu Tage, — es hat seit hundert Jahren mehr erbracht, als vorher in Jahrtausenden; 3) der ins Unendliche vervielfachte Verkehr hat das Interesse an dem Wissen der Menschheit in unendlich zahlreiche Köpfe getragen und zu einem Allgemeinbedürfnis erhoben. Diese Dinge wird Niemand bestreiten können, und wenn man daneben erwägt, daß die Aufnahmefähigkeit des menschlichen Gehirns eine begrenzt ist, so ergibt sich als zwingende Forderung: die Schule muß reformiert werden. Man muß sich über Lehrstoff, Lehrmethode, Lehrzeit neu einigen und nicht mit Heraushebung vereinzelter Fragen, die lediglich dem Existenzinteresse einzelner Anstalten gerecht werden, die Aufgabe erschweren.

Und sie ist an sich schwer genug, diese Aufgabe! Folgt man dem Grundsatz „non scholas, sed vitas discimus“, so wird die Schule die Einleitung und Orientierung für alle die Gebiete übernehmen müssen, die heute jeder kennen muß, wenn er als gebildet gelten will. Jede Generation steht, wie man oft sagt, auf den Schultern der vorzehenden, aber diese Schultern wachsen immer höher, der Weg zu ihnen hinauf ist immer weiter. Man sehe zu dem Entwicklung der Naturwissenschaften einmal ganz ab, — welche Mehrleistung wird dem Deutschen von heute gegen den vor hundert Jahren allein durch das Leben eines Goethe zugemutet und zugemutet werden müssen! Und so wird es mit jedem Jahrzehnt mehr immer weniger möglich, dem jugendlichen Gehirn zu dem alten Wissen das immer neu heranströmende einzuprägen. Ich sage: zu dem alten Wissen, — sehr viel machen füllt leicht und sagen: zu dem alten Baustoff. Aber wer in der Geschichte der Alten ein wertvolles Stück Menschenthum erkennt, wer den Inhalt ihrer Dichter- und Denkerwerke hochhält, wer ihre Kunst und ihre Sprache schätzt — und das sind glücklicherweise und hoffentlich doch wohl noch die Meisten! — der wird auf diesen reichen Bildungsschatz, auf diese Fundgrube erziehlicher Momente immer mehr verzichten wollen. Auch wird es sicherlich nicht ganz leicht zu erwiesen sein, daß der deutschen Geschichte, wie z. B. Breyer will, ein so viel größerer Wert für unsere moderne Bildung zukommen soll, als der alten. Aber immerhin wird Bildung auch für die neuen Wissenschaften geschafft werden müssen. Und da ein Wehr an Belastung der jugendlichen Geist zweifellos nicht verträgt, so muß immer wieder betont werden: es ist ein Wandel in der Form des Unterrichts und in der pädagogischen Methode geboten. Man wird sich aber das Wic sehr schwer einigen, aber man wird es müssen. In mancher Hinsicht hat die Pädagogik selbst schon Abhilfe geschaffen: durch den erweiterten Anschauungsunterricht, durch die Einführung der Lautermethode ist Zeit und Mühe gespart worden. Andererseits haben veränderte Lebensbedingungen, die ebenfalls dem Vereinsforschungsbedürfnis entsprungen

*) Aus dem Oktoberheft der Zeitschrift „Neue deutsche Schule“.

neinen Saale des Schwerenschen Restaurants unter dem Vorstehe des Chefredakteurs Fontane eine Versammlung von Wählern der I. Abtheilung und des I. Bezirks der II. Abtheilung abgehalten worden, in welcher über die Stellungnahme der Partei zu der demnächst stattfindenden Stadtverordnetenwahl Beschluss gefasst wurde. Der Vorstehe eröffnete die Versammlung mit einem Hinweis darauf, daß sowohl in der I. Abtheilung, wie im I. Bezirk der II. Abtheilung die Chancen für die freikirchige Partei nach den bisherigen Erfahrungen unsicher seien. Bei dieser Sachlage habe es der Vorstand, um nicht möglicherweise beide Blätter zu verlieren, für zweckmäßig gehalten, mit dem Vorstande des Deutschen Vereins eine vorläufige Vereinbarung dahin zu treffen, daß von freikirchiger Seite in der I. Abtheilung der Rechtsanwalt Jacobsohn, von konservativer Seite im I. Bezirk der II. Abtheilung der Brauereibesitzer Hugger aufgestellt werde, und daß diesen beiden Kandidaten keine Gegenkandidaten gegenübergestellt werden sollen. Mit Rücksicht auf die Parteizählnisse in beiden Bezirken und im Interesse des Friedens empfiehlt er die Annahme des Kompromisses. Herr Hugger sei schon Stadtverordneter gewesen und habe sich dort stets seine Unabhängigkeit zu wahren gewußt. Dr. Friedländer meint, daß die Empfehlung der Annahme des Kompromisses auf falscher Ansicht beruhe. Aus der Wahlliste gehe hervor, daß die Kandidaten der freikirchigen Partei gewählt werden würden. Gegen die Persönlichkeit des Herrn Hugger habe er nichts einzubringen und sei nur aus dem angeführten Grunde gegen die Annahme des Kompromisses. Rechtsanwalt Salz: Die Chancen seien im I. Bezirk der II. Abtheilung für die freikirchige Partei mehrfach ungünstig gewesen, wie die Erfahrung gelehrt habe. Er billige den Beschluss der Vorstände beider Wahlvereine, denn durch die Annahme desselben unterbliebe ein ganz nutzloser Wahlkampf. Kaufmann Hermann Meyer: Es sei ganz richtig, wenn man die politische Tendenz nicht zu sehr in den Vordergrund stelle, da bei den Gemeindewahlen es weniger darauf ankomme, obemand liberal oder konservativ ist. Beide können er sich mit dem Kompromiß nicht einverstanden erklären, weil der freikirchige Partei dafür nichts geboten werde. In der I. Abtheilung sei nach Lage der Wahlliste der Sieg der freikirchigen völlig zweifellos; in der I. Bezirk der II. Abtheilung gehe, welche am meisten agitirt. Gelinge es trotzdem nicht, den zweiten freikirchigen Kandidaten auch durchzubringen, so erreichen die freikirchigen dadurch nicht weniger, als wenn sie den Beschluss über ein Kompromiß genehmigten; es sei daher faktisch unschädlich, den Kompromiß anzunehmen. Chefredakteur Fontane erinnert daran, daß im vorigen Jahre nur in Folge eines Kompromisses mit den Polen die freikirchigen in der I. Abtheilung gestellt haben; in der II. Abtheilung seien wiederholt freikirchige Kandidaten unterlegen. Der Redner empfiehlt nochmals die Annahme des Kompromisses. Nach kurzer Diskussion wird hierauf zur Abstimmung geschritten, bei welcher sich die Mehrheit der anwesenden Wähler für die Annahme des vorgeschlagenen Kompromisses ausspricht. Die Versammlung, welche beiläufig bemerklich überwacht war, erreichte damit ihr Ende.

* Die Moordämmkultur verbreite sich in unserer Provinz, die reich an geeigneten Moordämmereien ist, immer mehr; auf verschiedenen Gütern (Brody, Monjow, Antonshof, Nisolskow, Kobelnik u. s.) be-

reiten bereits ausgedehnte Moordämmkulturen. Neuerdings ist eine ausgedehnte derartige Anlage auf dem Rittergut Basili (Kreis Schildberg) in Angriff genommen; es soll dort eine Fläche von ca. 1000 Hektaren in Dämme gelegt werden; bis jetzt sind davon ca. 300 Hektaren fertig und mit Raps, Weizen und Roggen bestellt. Natürlich hat Professor Dr. Grahl aus Berlin, Geschäftsführer des Vereins für Moordämmkultur, die Provinz Posen bereist, um weitere Projekte für Moordämmkultur zu begutachten. (Ostb. Br.)

* Turmlehrer-Prüfung. Für die im Jahre 1890 in Berlin abzuholende Turnlehrer-Prüfung ist Termin auf Dienstag, den 25. Februar I. J. und folgende Tage andauernd worden.

* Mierzwinski-Konzert. Das bevorstehende Konzert des „Königs der Tenore“ wird, nach den großen Erfolgen zu urtheilen, welche der Künstler früher hier errungen hat, ungemein großartig sein. Über ein unlangst stattgefundenes Konzert Mierzwinskis wird u. A. aus Gotha geschrieben: „Es war kein gewöhnlicher Applaus, den man Mierzwinski zollte, sondern eine Ovation, wie man sie nur gefeierten Männer unserer Zeit darbringt. Der Schluss des Konzertes geklatscht sich zu einem großartigen Triumph für den Sänger. Man schwante Höhe, winkte mit Händen, es war ein entzückender Zustand, in dem das Publikum sich befand, und hervorgerufen war derselbe nicht nur durch die außerordentlich schöne Stimme und die bewunderungswerte Technik, die der Sänger entwickelt, sondern auch durch die Biedenwürdigkeit mit der Mierzwinski den Applausen des Auditoriums folgte leistet. Statt vier Nummern, die er nach dem Programm singen sollte, sang er nicht weniger als sechzehn, das heißt, er gab nach jeder angekündigten Nummer freiwillig noch drei hinzu.“

d. Auf die Aktien der polnischen Rettungsbank in Höhe von 1000 M. ist bis jetzt die erste Rate im Betrage von 250 Mark erhoben worden. Nach einer Bekanntmachung des Aussichtsrathes ist die 2. Rate spätestens bis zum 31. Dezember d. J., die 3. Rate bis zum 30. Juni, die 4. Rate bis zum 31. Dezember 1890 einzuzahlen.

d. Der Todestag des polnischen Dichters Adam Mickiewicz (27. November), auf welchen gleichzeitig der Vorabend des Beginns der polnischen Insurrektion vom Jahre 1830/31 trifft, wird auch in diesem Jahre hier und in vielen anderen Städten von den Polen feierlich begangen werden. Im hiesigen polnischen Theater findet eine Vorstellung mit Prolog, Gefang, Vorlesung über die neueste polnische Literatur seit Mickiewicz, Musikvorträgen, Declamation und lebendem Bilde statt.

* Messerstecherei. In der Venetianerstraße hat gestern ein Maurer aus geringfügiger Veranlassung mit einem grauen Taschenmesser einem Geldgießer mehrere Stiche am Kopfe beigebracht. Die Wunden sind nicht ungeschädlich. Der Messerheld ist verhaftet worden und steht seiner Bestrafung entgegen.

* Aus dem Polizeibericht. Verhaftet sind worden am Sonnabend 4 Personen wegen Bettelns, ein Arbeiter wegen Värmens in einem Bierlokal der St. Martinstraße; am Sonntag: ein betrunken Arbeiter, welcher die Passanten in der Berlinerstraße angemeldet hatte, 2 obdachlose Frauen, ein Zigarettenmacher wegen Beleidigung eines Städtmannes und ein Knabe von 18 Jahren, welcher auf dem Neuen Markt 6 Blechlöffel gestohlen hatte. — Verloren: eine goldene Cy

Kinderwagen auf dem Wege von der Großen Gärber nach der Brodauerstraße und ein Gehärtelstück vor dem Königshöre. — Gefunden: ein Rosenkranz in der Halldorffstraße und ein Schok Kohlkopf in der Philippinenstraße.

25. Provinzial-Landtag.

Posen, den 18. November.

In der 10. Plenarsitzung vom 15. d. Monat sind folgende Angeklagte zum Vortrag gebracht und durch Besluß erledigt worden:

1. Von dem Berichte der Provinzialständischen Kommission für den Chaussee- und Wegebau über die Verwaltung der zu deren Besitz gehörigen Angelegenheiten ist mit Befriedigung Kenntnis genommen.

2. Das Gehalt des Landesbaudienstes wurde im Mindestgehalt auf 8300 Mark festgestellt und steigt von 3 zu 3 Jahren um je 300 Mark bis auf 4800 Mark. Neben dem Gehalt beziehen dieselben eine Dienstaufwand-Gutschriftigung von 700 Mark und erhalten bei Dienstreisen in ihrem Inspektionsbezirk Tagessalder 6 Mark, Nachtwartesalder 4 Mark, Fahrtkosten-Gutschriftigung auf Landwegen pro Kilometer 40 Pfennig bei täglichen Reisefahrten bis 45 Kilometer, darüber hinaus 30 Pfennig, bei Reisen auf Eisenbahnen 7 Pfennig pro Kilometer und für jeden Zu- und Abgang 1,50 Mark.

3. Die Rechnungen der Provinzial-Feuer-Sozietät pro 1887/88, der Chaussee-Verwaltung pro 1886/87 und des Provinzial-Kommunalfonds pro 1886/87 und 1887/88 wurden entlastet.

4. Es ist der Besluß gefaßt worden, daß für die Feuer-Sozietät der Provinz Posen eine besondere ständische Zentralverwaltungsbehörde errichtet und diese dem Provinzial-Ausschuß unterstellt werde, eventl. den Erlass eines ersten Rechtes zu § 68 zu genehmigen nach welchem der Oberpräsident berechtigt sein soll, die obere Leitung der Feuer-Sozietät-Geschäfte einem oberen Beamten des provinzialständischen Verbandes zu übertragen.

5. Von den Berichten über die Wirksamkeit der Laubbaummonstrositäten zu Posen, Schniedemühl und Bromberg pro 1887/88 wird Kenntnis genommen.

6. Die Remuneration des Arates am Arbeits- und Sandstrassenhaus zu Kosten wird auf 2000 M. erhöht.

7. Der Etat für die Blindenanstalt in Bromberg wird auf 32 002 Mark und für die Verpflegung der Höhlinge statt 50 auf 55 Pf. pro Kopf und Tag festgesetzt.

8. Der Etat für die Gebamm-Bebranstalt in Posen wird auf 16 500 M. und der Etat für die Gärtnerlehranstalt in Koschmin auf 10 500 M. festgesetzt.

9. Für eine würdige und bedürftige Schülerin des Seminars der Luisenschule molaischen Glaubens wird ein Stipendium von jährlich 200 M. auf drei Jahre bewilligt.

Handel und Berufe.

** Berlin, 16. November. Central-Markthalle. | Umlauffiche Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Central-Markthalle. | Marktlage. Fleisch. Starke Zufuhr

find, dem Unterricht beträchtliche Erleichterungen geschaffen; es sei nur der modernen Mode, Gewichte und Münzen erwähnt. Welche vermehrte Kraftspannung war erforderlich, um mit dem Thaler a 30 Silbergroschen a 12 Pfennigen, der Nuthe a 12 Fuß a 12 Zoll, dem Rentner a 110 Pfund a 32 Loth und später a 100 Pfund a 30 Loth nebst je 10 „Quentchen“ und je 4 „Korn“ fertig zu werden? Wie viel Schülerlehrreich wurde über diesen ungefüglichen Rechnungen mehr vergessen als jetzt, da die Decimalzahl herrschte und das Komma die ganze Aufgabe löst? Die Bestrebungen zur Vereinfachung der Rechtschreibung und zur Einführung der Antiquaschrift können weitere Erleichterungen herbeiführen.

Und doch gerade erst jetzt erlösen die Klagen von der Überbelastung. Es soll ihnen und ihrem Ursprung und ihrer Übertriebung hier nicht weitere Erörterung gegeben werden, aber das ist ausgekehrt, eine Vereinfachung und Änderung und Umformung des Unterrichts muß erfolgen. Wieviel behalten wir denn von dem mühsam und fleißig Erlernten? In den Streitschriften der „Realchulmänner“ findet sich oft das Argument, wie läufig der Rest von Griechisch sei, der bei den Aerzten ic. noch übrig geblieben. Ja, Hand aufs Herz, wie groß ist denn der Rest von allen anderen Dingen in den Jahren des fertigen Berufs? Wieviel ist, selbstverständlich abgesehen von den Fachmännern, vom Lateinischen, Französischen, von der Mathematik, Geschichte, Literatur und der Geographie übrig? Wenn der Philologe über Goethe und Vogelthümen, der Botaniker über die Wirren des spanischen Erbfolgekrieges, der Jurist über die schlesischen Dichterschulen und der Historiker über französische Syntax ergründet würde, — wer könnte da bestehen? Wen schlägt da nicht jeder Primaner? Indessen, es ist nicht der Zweck des gelernten Wissens, daß es unverkürzt im Kopfe bleibe, vielmehr soll es orientieren, anregen, vergleichen lehren, den Verstand weden, das Gedächtnis stärken, die Kritik anbahnen. Alle die jetzt geklauten Lehrgegenstände sind von hohem Werth, aber man kündigt durch ihre extensive Betreibung, durch ihre vielfach fast spezialistische Vertiefung, die doch der künftigen Fachausbildung vorbehalten bleiben sollte. Weniger wäre mehr, — das gilt hier ganz gewiß. Die Pädagogen mögen entscheiden, wo und worn die Verwirrung angebracht ist, aber nötig ist sie und möglich auch, darüber haben auch wir Latein ein Urteil. Wer von uns hat nicht, wenn er gehörige Schulbildung gessen, eine lebende Sprache sich spielerisch anzuzeigen vermöcht, wenigstens bis zum Verständniß ihrer Literatur? Wer hat dabei nicht empfunden, daß der Schüler, ehe er so weit gelangt, unverhältnismäßig große Umwege und — lediglich wegen Verleugnung des praktischen Ziels — einen zu gewaltigen Aufwand an Zeit und Kraftspannung machen muß? Es ist wahrlich nicht nötig, an Talente wie unserem Heinrich Schliemann zu erinnern, der ohne bedeutende Vorbildung, lediglich weil er es auf eigene praktische Weise anging, in kürzester Frist fast alle lebenden Sprachen beherrschen und daneben die Gesänge seines geliebten Homer so gründlich durchforschen lernte!

Von solchen Gesichtspunkten aus wird wirklich die Schulfrage freier, radikalster betrachtet, als wenn ein Einzelnes herausgegriffen wird, wie in den Bestrebungen der Realchulmänner die Belästigung des griechischen Unterrichts. Wir kennen einen berühmten Chirurgen, der konsequenter exitus lethalis schreibt und schon vergessen hat, daß letum (Tod) das b nie bestehen. In eines anderen Schriften finde ich „Atmosphäre“ stets mit ihm gedruckt. Man könnte, wenn man exemplarisch will, aus solchen Beispielen, denen sich ähnliche gelegentlich anreihen lassen, die Überflüssigkeit, mindestens Entbehrlichkeit auch des lateinischen Unterrichts für den künftigen Mediziner herleiten. Und in der That gibt es ja, wie wir schon erwähnt, eine erst kleine, aber nicht einflußlose Partei, welche das Lateinische seinem Bildungswert nach dem Griechischen nachstellt und — mit Ed. v. Hartmann — die „griechische Schule als das Zukunftsspiel“ (Gegenwart 1887 Nr. 39) hinstellt. Man braucht so weit durchaus nicht zu gehen und wird sich doch bestimmen wollen, die Sprache, in welcher eines der begabtesten und entwickeltesten Völker gedacht und unterrichtliche, grundlegende Werke hinterlassen hat, aus der höheren Schule endgültig fortzuweisen. Die Warnung des „no nimis!“ wird hübchen und drüber schließen. Doch es handelt sich wirklich bei der Begründung der Notwendigkeit neuer Unterrichtsmethoden nicht bloß um die höhere Schule, — die Volksschule*) bedarf ihrer in mindestens gleicher Weise. Dies würde schon a priori aus dem Bedürfnis hervorgehen,

welches allgemein nach „Fortbildungsschulen“ empfunden wird, obwohl man meinen sollte, daß für die Ziele des allgemeinen, freien, unentgeltlichen und zwangsläufigen jedem auferlegten Elementarunterrichts der Zeitraum vom 6. bis zum 14. Lebensjahr ausreichen müßte. Über der Beweis kann für jeden Unbefangenen auch aus der Erfahrung geführt werden. Man wohne nur einmal einer öffentlichen Prüfung einer mittleren Klasse einer Volksschule, einer der besten und größtmästlichen bei, und man wird erstaunen, welche Fülle nichtssagenden Kram's, welche Menge leeren Wissens in die Köpfe gestopft ist. Daß dabei das wirklich Nothwendige, das Anregende und Erhebende nicht fehlt, soll gar nicht bestritten werden, — aber es mehr zu bestreiten, es tiefer einzudringen zu lassen, es sicherer und klarer und unverkennbar einzuprägen und dadurch vielleicht die obligatorische Fortbildungsschule entbehrlich zu machen, — darauf sollte im Interesse der Oekonomie der Erziehung während der 8jährigen Schulsicht mehr gehalten werden, als auf Erweiterung und Ausbreitung des Unterrichts. Wieviel z. B. die vaterländische Geschichte nicht etwas zu ausführlich gelehrt und den teilweise recht unbedeutenden Kurfürsten zu viel Aufmerksamkeit gewidmet wird, — darüber wird sich das Latentum mit dem herrschenden Pädagogenthum schwerlich verständern können, aber eine Einigung sollte doch darüber möglich sein, daß — wir sprechen von der Volksschule! — weniger Einwohnerziffern eingepaßt werden. Die Geographie und speziell die Heimatkunde ist gewiß ein wichtiger und auch für die Volksschule unentbehrlicher und überall populärer Lehrgegenstand. Aber was empfindet jener Besucher einer Prüfung, wenn er bei dem Thema der größeren Städte immer wieder fragen und antworten hört: „Rassel (resp. Magdeburg, Hannover, Stettin, Danzig, Posen ic.) ist eine Industrie- und Handelsstadt und hat viele schöne Straßen und Plätze“ . . .

Halbildung, Annäherung, Streberthum, unzureichende Vorbildung für den Beruf, vor Allem Überbelastung, — man legt diese Missstände mehr oder minder überall der Schule zur Last. Sollten nicht sie wenigstens verringert werden können, wenn die Pädagogik das „multum, non multa“ mehr beherzigen möchte? Sie hat diese Prüfung um so mehr, als die multa so riesig angelichwollen sind und sich täglich laminenartig ausdehnen, und als das bloße Verküppeln des Neuesten und das Weglassen des Alten unmöglich Erziehungsprinzip sein kann. „Prüfst alles und behalte das Beste“ muß ihr Grundsatz sein, wenn sie zum Guten und Schönen, zur Wahrheit und Täglichkeit, und nicht bloß zur Fertigkeit und Rügslichkeit erziehen will. Das Individualistiren ist nicht bloß dem einzelnen Schüler gegenüber erforderlich — hier wird es im Zeitalter des Schulzwangs und der riesigen Schulkörper immer schwieriger! —, sondern vielmehr noch gegenüber dem massenhaften Lehrkroß, den es wohl gilt auszubauen, nicht aber zu erüppen. Die Fülle des Lehrkroß stumpt ab, macht gleichzeitig und überflächlich, übermüdet. Hier liegt der Ursprung zu dem mit Recht gerügten Überbaudurchnehmen von Leichtgläubigkeit und Halbildung, — freilich ist er auch in der Flüchtigkeit der Eindrücke zu suchen, die eine Folge des gefeierten Verlehrts ist, aber da die zweite Ursache unabhängig von der Schule fortwirkt, müßte der ersten um so energetischer und bewußter entgegengearbeitet werden. Wie mancher schädigende Einfluß des nachlos gewordenen Bettungswesens und -lebens könnte so verhindert werden! Dem über Alles zwar nur gering orientierten, aber in seinem selbstständigen Urtheil gefestigten Leser würde Unfiss und Widerstan, Geschmackslosigkeit und Überbelastung nichts anhaben, er bliebe auch der gedruckten Autorität gegenüber unabhängig. Wer da glaubt, daß letztere bloss dem Bauern imponiert, auf den „Gebildeten“ aber die Wirkung verfehlt, der vergegenwärtige sich nur, um ein ganz modernes, alltägliches Beispiel zu wählen, die Verbretzung der Wetterprognosen. Wissenschaftlich wenig haltbar, praktisch ganz wertlos, von der allgemeinen Meinung als ganz unzuverlässig mißachtet, figurirt sie trotzdem in allen Blättern und ist sozusagen nicht loszuwerden. Gerade weil Feder leser kann und in Zeitungen, Kalendern, Almanachenliteratur so viel zu lesen bekommt, hat die Schule mehr als früher für Entwicklung des Nachdenkens, für Reife des selbstdändigen Urtheils, für Ausbildung guten Geschmackes Sorge zu tragen. Das wäre die richtige Hygiene des Geistes und in ihr liegt auch der Hauptbedarf für die jug. Schuljugende, der nicht allein mit guten Schulbüchern, heller Beleuchtung und vielem Turnen gedielt ist, die vielmehr vor Allem eine richtige, zweck- und naturgemäße Ausbildung des Geistes erwartet und auf der Verhüttung des Vollstoffens bestehen muß. Wie für die körperliche Ernährung verlangt sie für die geistige: eine verdauende, keine bloß sättigende Kost. Sie zu bestimmen wäre ein Leichtes, wenn die Pädagogik die Gesetze der Orientierung ge-

nügend ergründet hätte und mehr eine wissenschaftliche, als eine Erfahrungsdisciplin wäre, — oder wenn alle Lehrer ideale Menschen wären. Da beides nicht zutrifft, so ist die Mitarbeit aller und die breiteste Diskussion der Schulfrage erforderlich; wenn irgendwo, so ist hier der Misspruch des Elementarelements geboten. Die Grundzüge der Reform sollten allgemein vereinbart, die technische Durchführung derselben, ihre Anpassung und Vertheilung wird selbstverständlich Sache der Schulverwaltungen sein.

Woran wir rütteln, was wir als dringend reformbedürftig erklärten, war die Unterrichtsmethode, und nicht bloß die der höheren Schulen. Zur Methode gehört aber ebensowohl die Auswahl des Stoffes, wie seine Verwendung. Sollte es uns gelungen sein, in unserem Sinne Anhänger, warme Anhänger einer Aenderung zu finden, so könnten wir uns auch vielleicht über einige Wünsche gleich verständigen. Wir fordern vor allem die Einheitschule. Wir sehen nicht ein, welchen Nutzen das Fortbestehen verschiedener Arten „höherer Schulen“ haben soll, von denen die meistberechtigte beide alten Sprachen treibt, — die jährling vertheidigte — ohne es besonders begründen zu können — an der lateinischen festhält, die neuzeit und dem radikalen Standpunkte gerechteste sich lediglich moderner Bildungsmittel bedient. Wir können, wie wir genugsam gezeigt haben, nur die erste oder die dritte Form für diskutabel halten. Und wenn wir, wie ebenfalls klar geworden sein wird, im Interesse des Ideals der dritten Form noch keine Berechtigungen zu akademischen Studien einzuräumen zu können glauben, so meinen wir darum nicht, daß nicht die erste, das jetzige Gymnasium, voller Umformung dringend bedarf. Mit den jüngsten, oben erwähnten Aenderungen des Gymnasial-Lehrplans ist nach weitem verbreiteter Meinung wenig, im Vergleich zum Bedürfnis gar nichts gethan, und wenn die Anstrengung der Gymnasiasten aufzuhören, die Einrichtung von Konkurrenzversuchen mit anderseitigem Lehrplan und — mangeler Lebensfähigkeit verhindert werden soll, so muß auch hier gründliche Abhilfe, vollständige Aenderung der Methodik eintreten. Geschicht es nicht, so könnte Preger recht haben, daß die künftige Generation recht gründlich mit dem Bestehenden austräumen würde! Nur daß wir, im Gegensatz zu ihm, eine neue Barbarei über die Menschheit hereinbrechen sähen und von der Geschichte kosten müßten, daß sie noch ein zweites Mal das verfunkte Ideal und die Sprache des Schönen durch Männer wie Keuschlin und Erasmus retten ließe!

Sollte denn das Gymnasium die neueren Kultursprachen wie die alten seinen Schülern nicht bis zur Erfüllung des Gebrauchs reichen, bis zur Erfassung ihres Geistes, jedenfalls aber bis zum Verständniß der hervorragendsten Schriftsteller beibringen können, ohne gerade bei allen die speziellste Grammatik zu betreiben? Ist der Formalismus nicht durch Vertiefung in einen Sprachenbau genügend gewahrt? Ist nicht eine literarische Behandlung der Klassiker möglich, welche ihrer sprachlichen Schönheit und ihrem gedanklichen Inhalt gerecht wird, ohne sie allzu vollkommen zu sezieren und ohne jeder geistreichen Konjektur nachzuspüren? Muß das Denken in dem fremden Idiom gefördert werden? Jedenfalls würde, wenn man darauf bestehen zu müssen meint, aus Zweckmäßigkeitzulinden viel eher der englische oder französische Aufsatz vom Primaner zu fordern sein, als der lateinische, den aufzugeben man sich noch immer nicht hat entschließen können.

Durch solche oder ähnliche Aenderungen in Ziel und Methodik des Unterrichts würde im Gymnasium — in der höheren Einheitschule — Platz und Zeit gewonnen, um den Naturwissenschaften einen breiteren Raum zu gewähren. Der Geschichtsunterricht wäre leicht aus einer unzusammenhängenden, nur Zahlen und Namen einrichtenden Gedächtniskübung zu einer Geist und Herz des Schülers erhebenden Kulturgeschichte umzugesetzen, und ohne weitere Belastung könnte dann auch der Kunstgeschichte und Nesthetik ein gewisser Zugestand gestattet werden, der jetzt recht einsinnlich vermitzt wird. Und hat der Schüler in der vorgeordneten Klasse und nahe seiner „Reife“ von dem Denken der ersten Geister aller Zeiten, von dem Stande der modernen Naturwissenschaften, von der Entwicklung der Staaten-, Völker- und Kulturgeschichte

